



## Inhalt >>>

> Berliner Analyse auf Brüsseler Parkett <i>Kerstin Westphal, Wolfgang Kreissl-Dörfler, Ismail Ertug</i>	1	> Schengen: Parlament gegen neue Schlagbäume <i>Wolfgang Kreissl-Dörfler</i>	3	> Parlamentarier fordern striktere Kontrolle des Waffenhandels <i>Wolfgang Kreissl-Dörfler</i>	3
> Wachstum in aller Munde <i>Kerstin Westphal</i>	2	> Neue Herausforderungen für Türkei - EU-Beziehungen <i>Ismail Ertug</i>	3	>>> Service	
> Neue Etikettierungsregeln für Säuglingsmilch und glutenfreie Lebensmittel <i>Ismail Ertug</i>	2			> Besuchergruppe	4
				> Kontakt	5

## Berliner Analyse auf Brüsseler Parkett

von Kerstin Westphal, Ismail Ertug und Wolfgang Kreissl-Dörfler



"Eine richtige Analyse steht am Anfang der Krisenbewältigung. Und an der Richtigkeit der Analyse der Staats- und Regierungschefs habe ich doch große Zweifel", sagte **Frank-Walter Steinmeier** in Richtung des Europäischen Rates, mit Sitz nur eine Straße weiter. Diese Einleitung zu einem Statement über europäische Industriepolitik brachte dem Berliner Abgeordneten vor Brüsseler Publikum direkt Applaus ein. Beim **Thema Austeritätspolitik und ihre Alternativen** ticken Berliner und Brüsseler Sozialdemokraten gleich! Grund für diese Worte des Vorsitzenden der

Bundestagsfraktion, Frank-Walter Steinmeier, war sein Besuch bei uns 23 "Europäern" - den SPD Europaabgeordneten - für zwei Tage in Brüssel. Neben Gesprächen mit uns und der S&D Fraktion stand auch ein Gedankenaustausch mit Kommissionspräsident José Manuel Barroso auf dem Programm. Frank-Walter hat sich sichtlich wohl in den Brüsseler Gefilden gefühlt, wie er auch selbst bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema **Industriepolitik** kundtat. Bei dem zuletzt genannten Termin erinnerte Frank-Walter daran, dass die

Staatsschulden nicht der Anfang der jetzigen Krise war, denn vor Beginn der Finanzkrise waren europaweit die Staatsschulden historisch niedrig. Er bekräftigte, dass es mit der SPD **keine Erhöhung der Neuverschuldung** geben wird, dass aber alles getan werden sollte, um mit einer Finanztransaktionssteuer und einem europäischen Schuldentilgungsfond kurzfristig neue Finanzmittel zu generieren. "Denn dadurch erkaufen wir uns Zeit. Zeit, die wir dafür aufwenden können, um die gravierende Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Diese wird uns sonst die europäische Integration kosten."

## Wachstum in aller Munde...

Mit **zwölf Hebeln** wollte die Kommission den Binnenmarkt, das zentrale Element zur Schaffung von Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und sozialem Fortschritt im April 2011 neubeleben. Die Bedeutung dieses **Binnenmarktes als Wachstumsgenerator** wurde nicht zuletzt im Mai dieses Jahres von den Mitgliedstaaten unterstrichen, so dass die Kommission nun für September 2012 eine zweite Welle von Politikvorschlägen plant. Da es bisher jedoch von Seiten der Mitgliedstaaten vielfach an der Umsetzung der ersten Vorschläge

mangelt und strengere Umsetzungskriterien abgelehnt werden, hat das Europäische Parlament in der vergangenen Woche mit einer Entschließung das Vorhaben der Kommission auch hinsichtlich einer **striktieren Umsetzung** unterstützt und konkretisiert. Wir Sozialdemokraten verweisen hierbei vor allem auf die Berücksichtigung der sozialen Dimension des Binnenmarktes, die bisher nicht genügend beachtet wurde und fordern erneut, dass die Sozialklausel endlich in alle Regelungen, die den Binnenmarkt betreffen, Eingang finden muss. **KW**

## Neue Etikettierungsregeln für Säuglingsmilch und glutenfreie Lebensmittel



Quelle: wikipedia.org

Die Bestimmungen zur Etikettierung und zu Inhaltsstoffen von Säuglingsmilch sowie von Nahrungsmitteln für Menschen mit besonderen medizinischen Bedürfnissen sollen künftig klarer definiert werden, um Konsumenten zu schützen. Der am Donnerstag vom Parlament angenommene Bericht dient als Grundlage für Verhandlungen mit dem Rat. Auch Produkte für Menschen mit Glutenintoleranz und kalorienreduzierte Nahrungsmittel fallen in den Anwendungsbereich der neuen Verordnung.

Die neue Gesetzgebung wird zahlreiche derzeit geltende Rechtsvorschriften ersetzen. Ziel ist eine Vereinheitlichung der Vorschriften für Etikettierung und Zusammensetzung der Produkte. Die betroffenen Nahrungsmittel machen etwa 1-2% des gesamten Nahrungsmittelmarktes aus. Die Aktualisierung soll sowohl Verbrauchern als auch Behörden die Unterscheidung zwischen für den normalen Verzehr gedachten Lebensmitteln und jenen für bestimmte Zielgruppen erleichtern.

### Säuglingsmilch

Angesichts der Vorteile des Stillens darf

Milchanfangsnahrung für Säuglinge bis zu 12 Monaten (einschließlich "Folgebildung") nach dem neuen Gesetzesentwurf nicht länger mit Abbildungen von Babys oder Bildern, die die Verwendung des Produkts "idealisieren", beworben werden.

Die Kommission wird aufgefordert, die komplexe Gesetzeslage für Milchzubereitungen für Kleinkinder zwischen 12 und 36 Monaten (sogenannte "Wachstumsmilch") zu überprüfen und gegebenenfalls durch neue Vorschriften zu ersetzen.

### Glutenintoleranz

Nahrungsmittel für Menschen mit Glutenintoleranz müssen weniger als 100 mg Gluten pro Kilogramm enthalten, um als "Produkte mit sehr niedrigem Glutengehalt" bezeichnet werden zu dürfen, wohingegen lediglich Produkte mit weniger als 20 mg Gluten pro Kilogramm "glutenfrei" genannt werden dürfen.

Auch soll die Kommission eine Untersuchung in Auftrag geben, um neue Richtlinien für Menschen mit Laktoseintoleranz zu erarbeiten.

## O-Ton

*"Ich würde es nicht Wachstum nennen, ich würde es Kampf gegen die Arbeitslosigkeit nennen!"*

**Bundeskanzler a.D. Helmut Schmidt, auf die Aussage, dass die Staatsschuldenkrise nur mittels eines Wachstumsprogramms überwunden werden kann. Hamburg, den 09. Juni 2012**

## Zur Info >>>

### Schuldentilgungsfonds

Zur Bekämpfung der Staatsschuldenkrise fordert die SPD einen Schuldentilgungsfonds. Dieser sieht vor, dass der Teil nationaler Schulden der Euro-Länder, der 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts überschreitet, gegen Garantien (Gold oder andere Werte) in einen Tilgungsfonds ausgelagert wird. Für diesen Teil wird gemeinschaftlich über europäische Anleihen gehaftet, um die Refinanzierungskosten zu senken. Gleichzeitig ist mit den Schuldnerstaaten ein verbindlicher Schuldenabbauplan zu vereinbaren, der auch Konsolidierungs- und Strukturreformpläne enthält. In der Abbauphase läuft die Refinanzierung (für die Tilgung ausstehender Anleihen sowie für die Neuverschuldung) des entsprechenden Landes über den Tilgungsfonds. Der Fonds kann mit der Ausgabe von Anleihen Geld aufbringen, mit dem sich die Staaten refinanzieren können - wegen der gemeinsamen Haftung wären die Zinsen dann für viele Länder deutlich niedriger als derzeit. Nach dieser Übergangsperiode läuft die Finanzierung wieder über den Markt. Ohne die Schuldnerstaaten aus der Verantwortung zu entlassen, stellt der Schuldentilgungsfonds somit ein Instrument dar, die oftmals erdrückend hohe Verschuldung zu reduzieren.

### Angebliche Gewichtsabnahme

Die Parlamentarier kritisieren, dass sich zunehmend Angaben zu vermeintlicher Gewichtsreduzierung auf vielen Produkten finden. Sie sprechen sich dafür aus, die neuen Regeln auf "wenig Kalorien enthaltende Diäten" (800-1.200 Kalorien pro Tag) und "stark Kalorien reduzierte Diäten" (400-800 Kalorien pro Tag) auszuweiten.

Auch sollen Angaben zu Diät-Lebensmitteln für ein breitgefächertes Publikum durch die Verordnung (2006) über gesundheitsbezogene Angaben geregelt werden. **IE**

Quelle: spd.de

## Schengen: Parlament gegen neue Schlagbäume



Quelle: wikipedia.org

In der vergangenen Straßburger Plenarsitzung gab es eine heftige Auseinandersetzung zwischen den EU-Abgeordneten und dem Rat. Wenig verwunderlich, schließlich hatten die Regierungen der Mitgliedstaaten, deren Interessen der Rat vertritt, einen inakzeptablen Beschluss gefasst: die teilweise Aufhebung der Reisefreiheit in Europa.

### Rat misstraut EU-Parlament

Genau genommen hat der Rat beschlossen, dass Grenzkontrollen für einen Zeitraum von bis zu 6 Monaten wieder eingeführt werden können, wenn ein Mitgliedstaat seine Außengrenze nicht selbst sichern kann. Besonders heikel an dieser Regelung ist, dass das Europäische Parlament von der Überprüfung der Grenzsicherung (sog. Evaluierung) ausgeschlossen wurde. Mit diesem Vorgehen hat der Rat dem Parlament gegenüber sein Misstrauen ausgesprochen. Wir Sozialdemokraten werden nicht akzeptieren, dass unsere legislativen Rechte, die vom Lissabon-Vertrag gestärkt wurden, so beschnitten werden und damit die Renationalisierung in Europa fortschreitet. Wir werden alle politischen und rechtlichen Möglichkeiten in Erwägung ziehen -gegebenenfalls auch eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof- um gegen diese Entscheidung vorzugehen. Die Freizügigkeit für die Menschen in Europa ist ein Meilenstein der europäischen Integration und als solcher zu wichtig um vom Rat für Machtspielchen missbraucht zu werden.

### Europäische Solidarität leben

Die Verantwortung für den Schutz der Außengrenzen und für die menschenwürdige Behandlung von Flüchtlingen und Einreisewilligen muss in der EU gemeinsam wahrgenommen werden. Nach unserer Ansicht ließe sich das Problem der Flüchtlingsströme an den EU-Außengrenzen leicht regeln, wenn die im Schengener Abkommen vorgesehene Lastenteilung endlich angewandt würde. Aber seit 30 Jahren werden die betroffenen EU-Staaten mit diesem Problem alleine gelassen. Anstatt neuer Schlagbäume brauchen wir endlich gelebte europäische Solidarität! **WKD**

## Neue Herausforderungen für Türkei - EU-Beziehungen

In der vergangenen Woche tagte in Straßburg zum **69. Mal** der Gemischte **Parlamentarische Ausschuss der EU mit der Türkei**. 25 Europaabgeordnete und die gleiche Anzahl an Vertretern der türkischen Nationalversammlung treffen sich dreimal im Jahr abwechselnd in der Türkei und in Straßburg oder Brüssel. Der gemeinsame Ausschuss wurde nach dem **Assoziierungsabkommen von 1963** - die ersten Schritte einer türkisch-europäischen Partnerschaft - gegründet und soll den Beitrittsprozess der Türkei in die EU begleiten.

Zentrale Themen der vergangenen Sitzung waren die Rolle der Frau in der Türkei und die Zypernproblematik. Neben der türkischen Frauenministerin Fatma Sahin, nahmen auch der EU-Minister der Türkei Egemen Bagis und EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle teil. Über den **Status der Zypernverhandlungen** berichtete der Sonderbeauftragte der UN für Zypern. Die Insel Zypern ist seit 1974 in Nord und Süd

geteilt. Im Norden leben die türkischen Zypriern unter der Regierung der Türkischen **Republik Nordzyprien**, die allerdings nur von der Türkei anerkannt wird. Im Süden leben die griechischen Zypriern - die Republik Zypern hingegen ist international anerkannt.

Seit 2004 ist die gesamte Insel Mitglied der EU, wobei europäische Verträge und Gesetze im Norden nicht angewandt werden, bis es zu einer Lösung kommt. Da die Türkei die Republik Zypern als offiziellen Vertreter der Insel nicht anerkennt und seine Häfen für griechisch-zypriische Schiffe nicht öffnet, wurden einige Kapitel der Beitrittsverhandlungen der EU zur Türkei 2006 blockiert. Eine neue Herausforderung für die EU-Türkei Beziehungen wird die ab dem 1. Juli von Zypern geführte **EU-Ratspräsidentschaft** sein. Die türkische Regierung erklärte, dass sich die Türkei während der sechsmonatigen Präsidentschaft an keinen Aktivitäten beteiligen wird, bei denen Zypern den Vorsitz hat.

IE

## Parlamentarier fordern striktere Kontrolle des Waffenhandels



Quelle: wikipedia.org

Am vergangenen Mittwoch hat das Plenum des Europäischen Parlaments einen Entschließungsantrag zu den anstehenden Verhandlungen über einen **UN-Waffenhandelsvertrag** angenommen. Die Europaabgeordneten fordern in dem Antrag zügige Verhandlungen und ein schnelles Inkrafttreten eines weltumspannenden und umfassenden Vertrages über den Handel mit konventionellen Waffen. Wir Sozialdemokraten begrüßen die Initiative der UN-Generalversammlung für einen solchen Vertrag und fordern eine engagierte Rolle der EU bei den Verhandlungen vom 2. bis zum 27. Juli auf einer Konferenz unter Schirmherrschaft der Vereinten Nationen in New York. Durch den Vertrag soll der grenzüberschreitende Handel mit konventionellen Waffen durch international geltende Standards einer

stärkeren Kontrolle unterzogen werden, um schwere Menschenrechtsverletzungen oder Verletzungen des humanitären Völkerrechts einzuschränken. Für die EU-Mitgliedstaaten gilt **bereits seit 2008 ein gemeinsamer Standpunkt** des Rates über die Kontrolle der Ausfuhr von Militärgütern, der in nationales Recht überführt werden soll. Dieser sieht eine Reihe von Kriterien vor, die bei der Erteilung von Exportgenehmigungen für Waffen berücksichtigt werden müssen, wie etwa die Einhaltung der Menschenrechte und die Bewahrung interner und regionaler Stabilität durch die Länder, die Waffen aus einem EU-Mitgliedstaat empfangen. Die Wirksamkeit dieses Standpunkts ist jedoch im Hinblick auf Waffenexporte aus EU-Ländern an Staaten wie Syrien oder Bahrain fraglich. **WKD**

## Unsere Besucher in Brüssel und Straßburg >>>



Die Europaunion aus Hammelburg besuchte das Europäische Parlament in Brüssel und traf sich zu einem Gespräch mit **Kerstin Westphal**. Intensiv tauschten sich die Besucher mit **Kerstin Westphal** über die aktuellen Entwicklungen in der regionalen Entwicklungspolitik und die Staatsschuldenkrise aus. Dabei bekamen sie auch Einblicke in den persönlichen Tagesablauf einer Europaabgeordneten.



Politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger aus Franken, darunter eine Gruppe der Lebenshilfe Bad Kissingen, folgten einer Einladung von **Kerstin Westphal** zu einer Informationsfahrt nach Straßburg. Nach informativer Stadtrundfahrt mit dem Bus wurde die historische Altstadt zu Fuß erkundet, die mit dem Besuch des Straßburger Münsters endete. Beeindruckender Höhepunkt des Programms war für alle der Besuch im Europaparlament. Dort berichtete **Kerstin Westphal** über ihren Arbeitsalltag in den Ausschüssen für regionale Entwicklung sowie Binnenmarkt und Verbraucherschutz. Unerschöpflich zeigten sich die aktuellen Themen, die diskutiert wurden, wie die Zukunft Griechenlands und des Euro. Beim Besuch einer Plenardebatte stand u. a. die jüngste Entwicklung im Nahen Osten, einschließlich der Lage in Syrien, auf der Tagesordnung. Bei einem gemeinsamen Abendessen hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nochmals Gelegenheit, bei elsässischen Spezialitäten mit **Kerstin Westphal** die eine oder andere Frage zu Europa zu erörtern. Den Schlusspunkt der Reise setzte der Besuch des Europarates.



VertreterInnen des Kreistages Erlangen-Höchheim waren am Dienstag, 12. Juni, zu Gast bei **Kerstin Westphal** im Europäischen Parlament. Einige bekannte Gesichter waren dabei, so dass es in dem gemeinsamen Gespräch neben der Vorstellung der Arbeit einer Abgeordneten auch um viele regionale und kommunale Themen ging, die die Mitglieder des Kreistages beschäftigen. **Kerstin Westphal** betonte, wie wichtig die Verzahnung der politischen Ebenen sei, und warb für das Förderprogramm, das die EU für lokale Mandatsträger aufgelegt hat.



**Ismail Ertug** organisierte für interessierte Bürger im Juni eine dreitägige Parlamentsfahrt nach Brüssel: Der Sitz des Europäischen Parlaments (EP) ist nach dem Vertrag von Maastricht in Straßburg, wo die Abgeordneten einmal im Monat für einige Tage zu den Abstimmungen vor Ort sind. Jedoch wird die parlamentarische Arbeit –in den Ausschüssen und den Fraktionen– in Brüssel gemacht. Auch die Nähe zur Kommission, die sich in Brüssel befindet, ist für die Europaparlamentarier ausgesprochen wichtig. Beim Besuch des Europäischen Parlaments erklärte eine Referentin des EP ausführlich die Europäische Union sowie Problematiken und Abläufe des politischen Alltags. Im Anschluss an ihren Vortrag erklärte **Ismail Ertug** seinen Arbeitsalltag als Abgeordneter und beantwortete die zahlreichen Fragen der Besucher zur Europäischen Union. Direkt im Anschluss stand der Besuch der Ständigen Vertretung Bayerns in Brüssel auf dem Programm. Ein Referent berichtete den Besuchern interessante Details zum imposanten Gebäude (das frühere Institut Pasteur), welches bei der Europäischen Union auch gerne wegen seiner außergewöhnlichen Architektur scherzhaft „Neuwahnstein“ genannt wird. Nach einem Vortrag über die Zuständigkeiten und Aufgaben der Ständigen Vertretung konnten die Besucher all die Fragen loswerden, die sie auf dem Herzen hatten. In einer Stadtführung erfuhren die Teilnehmer u.a., dass Brüssel nicht nur die Stadt ist, in der sich der Großteil der Organe der Europäischen Union befindet, sondern auch die Stadt der berühmten belgischen Schokolade, der belgischen Fritten und des belgischen Bieres. Die Stadtführung ermöglichte interessante Einblicke in die Kunstgeschichte und Architektur zahlreicher historischer Gebäude. Bei einem festlichen gemeinsamen Abendessen auf Einladung von Ismail Ertug konnten die Besucher Ismail Ertug in persönlichen Gesprächen ihre Fragen stellen und Themen gemeinsam diskutieren. Einige Besucher waren sehr überrascht über die Herausforderung eines Abgeordneten, überall präsent zu sein: in Brüssel, in Straßburg, aber auch in den Wahlkreisen. Am letzten Tag konnten sich die TeilnehmerInnen noch in einem Schokoladenmuseum über Geschichte und Herstellung der belgischen Spezialität informieren oder einen kleinen Bummel durch die Stadt machen.

**Wolfgang Kreissl-Dörfler, MdEP\* (WKD)**

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 110  
[wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu](mailto:wolfgang.kreissl-doerfler@europarl.europa.eu)  
 Ansprechpartnerinnen:  
 Nadja Pohlmann und Maria D'Amico

Europabüro:  
 Oberanger 38/IV  
 80331 München  
 T.: 089 21 02 43 61  
 F.: 089 21 02 43 61  
[europa@kreissl-doerfler.de](mailto:europa@kreissl-doerfler.de)

[www.kreissl-doerfler.de](http://www.kreissl-doerfler.de)

Ansprechpartnerin:  
 Britta Besan

Bürozeiten:  
 Mo,Mi,Do: 9.00-17.00 Uhr; Di, Fr: 9.00-12.00 Uhr

**Kerstin Westphal, MdEP\* (KW)**

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 534  
[kerstin.westphal@europarl.europa.eu](mailto:kerstin.westphal@europarl.europa.eu)  
 Ansprechpartner:  
 Dr. Clemens zur Hausen, Philipp Krieg

Europabüro:  
 Kornmarkt 17 Semmelstr. 46R  
 97421 Schweinfurt 97070 Würzburg  
 T.: 09721 715 716, 0931 45 25 31 28  
 F.: 09721 474 0884 0931 45 25 31 29  
[eder@kerstin-westphal.de](mailto:eder@kerstin-westphal.de) [augustin@kerstin-westphal.de](mailto:augustin@kerstin-westphal.de)

[www.kerstin-westphal.de](http://www.kerstin-westphal.de)

Ansprechpartnerinnen:  
 Marietta Eder Elisabeth Augustin

Bürozeiten:  
 Mo-Do: 9.00-16.00 Uhr Mo-Mi: 9.00 -14.30 Uhr  
 Fr: 9.00-13.00 Uhr Do: 9.00-15.30 Uhr

**Ismail Ertug, MdEP\*(IE)**

**Europäisches Parlament**

T.: +32 (0)228 47 547  
[ismail.ertug@europarl.europa.eu](mailto:ismail.ertug@europarl.europa.eu)  
 AnsprechpartnerInnen: Luisa Gluck,  
 und Fatih Aydogan

Europabüro:  
 Richard-Wagner-Str. 4 Nördl. Stadtgraben 9  
 93055 Regensburg 94469 Deggendorf  
 T.: 0941 29 79 98 73 0991 379 11 64  
 F.: 0941 29 79 98 75 0991 379 11 63  
[europabue-ro@ertug.eu](mailto:europabue-ro@ertug.eu) [katja.reitmaier@ertug.eu](mailto:katja.reitmaier@ertug.eu)

[www.ertug.eu](http://www.ertug.eu)

AnsprechpartnerInnen:  
 Johannes Hintermaier Katja Reitmaier

Bürozeiten:  
 Mo-Fr: 8.00-17.00 Uhr, Fr : 8.00-15.00 Uhr